

MdB Oßner unterstützt „Alarmstufe Rot“

26.09.2023 22:40

Landshuter Kliniken nehmen am bundesweiten Klinikprotest in Berlin teil

Auch Lakumed, das Klinikum Landshut und das Kinderkrankenhaus St. Marien schlossen sich dem Protest an, da sie sich durch immense inflationsbedingte Kostensteigerungen und mangelnde Refinanzierung bedroht sehen. Die Krankenhausleitungen wurden in ihrem Anliegen vom Heimatabgeordneten Florian Oßner (CSU) in Berlin begrüßt und unterstützt.

Zentrale Forderung des Protests ist eine dringende Refinanzierung der inflations- und tarifbedingten Mehrkosten für die Krankenhäuser. Die Kliniken sehen sich mit einer permanenten Unterfinanzierung konfrontiert. Es brauche Planungssicherheit sowie schnelle und gezielte Reformen. Mit dieser Botschaft fuhren Ina Stiller, Pflegedienstleitung der Schlossklinik Rottenburg, André Naumann, Vorstand am Klinikum Landshut, Jakob Fuchs, Geschäftsführer der LAKUMED-Kliniken, Bernhard Brand, Geschäftsführer des Kinderkrankenhauses St. Marien in Landshut und Josef Ederer, Standortvertreter am Krankenhaus Vilsbiburg nach Berlin.

Fünf vor zwölf

Der Bundestagsabgeordnete Florian Oßner aus der Region Landshut begrüßte den Aktionstag und betonte: "Uns droht eine Welle von Krankenhausinsolvenzen, die vor allem kleine Häuser in ländlichen Regionen betrifft. Um gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land zu gewährleisten, müssen wir die Finanzierung langfristig sicherstellen. Der Aktionstag setzt ein wichtiges Zeichen, dass es fünf vor zwölf ist."

Die Kliniken sind auch von der allgemeinen Inflation betroffen, insbesondere in Bezug auf die Kosten für Energie und Lebensmittel. Hinzu kommen hohe Personalkosten aufgrund der vergangenen Tarifverhandlungen. Im Gegensatz zu Unternehmen können Krankenhäuser Steigerungen bei den Sach- und Personalkosten nicht kurzfristig auf die Patienten oder deren Krankenkassen abwälzen. Sie sind auf staatliche Ausgleichszahlungen angewiesen.

Oßner betonte, dass die Problematik sich zunehmend verschärfe. Bereits im vergangenen Jahr zeichnete sich ab, dass die Härtefallhilfen viel zu gering ausfielen. "Die SPD/Grüne/FDP-geführte Ampelregierung hat wertvolle Zeit verstreichen lassen, um gezielte Maßnahmen zu ergreifen", monierte der Haushaltspolitiker. "Mit einem Vorschaltgesetz wollen wir als CSU die Zeit bis zu einer durchgreifenden Reform überbrücken, um die flächendeckende, medizinische Versorgung in der Heimatregion zu erhalten", so Oßner.



— v.l.n.r Ina Stiller, André Naumann, Florian Oßner, Jakob Fuchs, Bernhard Brand und Josef Ederer vor dem Brandenburger Tor mit ihren Protestschildern. Foto: Niels Taube